



An den Vorsitzenden der SP
Norbert Walter-Borjans
Den Vorsitzenden der
SPD-Bundestagsfraktion
Rolf Mützenich, MdB
Den Bundestagsabgeordneten
Karl Lauterbach, MdB

KölnSPD
Hans-Jürgen-Wischnewski-Haus
Magnusstr. 18b
50672 Köln

fon 0221.92 59 81 0
fax 0221.92 59 81 50
mail ub.koeln@spd.de
web www.koelnspd.de

Per Mail

Köln, den 18 März 2020

Lieber Norbert,
Lieber Rolf,
Lieber Karl,

wir erleben gerade alle eine so tiefgreifende Krise in unserem Land und auf der ganzen Welt, wie seit Generationen nicht mehr. Auch in Köln wird das öffentliche Leben immer stärker eingeschränkt. Die meisten Menschen – auch unsere Genossinnen und Genossen – akzeptieren diese Maßnahmen und stellen sich auf die ungewöhnliche Situation ein. Viele sind bereit selber solidarisch zu helfen, wo Hilfe benötigt wird.

Dennoch erreichen uns seit einigen Tagen immer mehr Hilferufe von Gastronomen, Kulturbetrieben, Soloselbstständigen und Kleingewerbetreibenden. Sie spüren die Einschränkungen unmittelbar in ihren Auftragsbüchern und Kassen. So berichten uns Menschen, die freiberuflich in der Erwachsenenbildung arbeiten oder Veranstaltungen moderieren, dass sie auf Wochen und Monate keinerlei Aufträge mehr haben. Erste Gastronomen haben bereits Personal entlassen müssen. Kurzum: hier droht in nur scheinbar kleinen Nischenbranchen eine nachhaltige

wirtschaftliche Schädigung mit all ihren sozialen Folgen und den Einzelschicksalen.

Wir erkennen an, dass die Bundesregierung schnell gehandelt hat und mit den Maßnahmen zu Kurzarbeit oder KfW-Krediten vielen Unternehmen rasche Hilfe zusichert. Doch sind diese Programme nach unserer Kenntnis und den Berichten, die wir erhalten, ungeeignet für die vielen genannten kleinen Unternehmen. Sie beklagen die vergleichsweise hohen Zinsen (7%) sowie hohe bürokratischen Hürden (Bilanz vorlegen) etc. Nach unseren Erkenntnissen, steht zu befürchten, dass mindestens die genannten Zielgruppen diese Hilfen gar nicht erst beantragen können, weil sie ihnen in der aktuellen Situation tatsächlich nicht helfen. Das wäre das Gegenteil dessen, was wir alle erreichen wollen.

Nach ersten Gesprächen mit Betroffenen, Verbandsvertretern aber auch Wirtschaftsexperten in Köln scheinen uns daher folgende Forderungen besonders wichtig:

Kleine Selbstständige brauchen unbürokratische und schnelle Hilfe. Bürgschaften ohne Vorabprüfungen könnten ein Weg sein, ihre Existenz abzusichern und Arbeitsplätze zu erhalten. U.E. sollten die Förderbanken von Bund und Ländern dazu in der Lage sein. Eine Prüfung der Voraussetzungen sollte im Nachhinein geschehen, um nicht unnötig Zeit verstreichen zu lassen.

Ebenso sollte rasch geprüft werden, wie auch die Beschäftigten insbesondere im Gastronomiebereich, die in Minijobs dort tätig sind, über Regelungen analog zur Kurzarbeit Unterstützung erhalten können.



Schließlich wäre es sinnvoll, wenn aus dem 500 Mrd.-Paket ein angemessen hoher Anteil direkt den Kommunen zur Verfügung gestellt wird. Diese sollen damit örtliche Strukturen wie z.B. der Kulturwirtschaft oder kleine Soloselbstständige z.B. in der Erwachsenenbildung fördern können

KölnSPD
Hans-Jürgen-Wischnewski-Haus
Magnusstr. 18b
50672 Köln

fon 0221.92 59 81 0
fax 0221.92 59 81 50
mail ub.koeln@spd.de
web www.koelnspd.de

Dolmetscher, Taxifahrer, Verkäufer, Messebauer, Buchhändler, Freiberufler der Medienbranche, Künstler, Gastronomen, Hoteliers, Caterer, Fitnessstudios, Tanzschulen, Honorarkräfte der Bildung., Physiotherapeuten, Reisebüros... , es trifft in unserer Stadt 10.000. Und gerade für die Einpersonen-Unternehmen und Selbstständigen braucht es dringend über das Kreditangebot direkte Zuschüsse, die die Existenz absichern. Also eine Art Grundsicherung für die nächsten Monate. Hier muss gezahlt werden wie bei Geschädigten von Hochwasser oder bei Landwirten bei Ernteausfall.

Es ist auch schwer zu vermitteln, dass die Regierung sofort 50 Mio. € für den Rücktransport von Urlaubern aus Barbados oder Ägypten bezahlt, es aber scheinbar unmöglich ist, ein schnelles Hilfspaket für die aufzulegen, die in diesem Land das Rückgrat unserer Gesellschaft sind und täglich arbeiten gehen.

Berlin muss eine Weg finden, die Kommunen zur Soforthilfe zu ertüchtigen und auch zu ermutigen. In Bayern scheint ein Weg der schnelle Hilfe gefunden worden zu sein. Vielleicht ein gutes Vorbild.

Und bei der Ausschüttung von kleinen Summen der Existenzsicherung an viele muss nicht der vorherrschende Gedanke des möglichen Missbrauchs

sein, sondern der, der schnellen, flächendeckenden Hilfe.

Wirtschaftsminister Altmaier sprach heute in den Nachrichten von einer Lücke an Hilfsangeboten für die Wirtschaft, die noch zu schließen ist. Das ist falsch. Es handelt sich nicht um eine Lücke, sondern um die Masse, für die es keine Lösung gibt.

Auch das Kurzarbeitergeld, was auf jeden Fall eine gute Lösung ist, führt in vielen Fällen zu finanziellen Problemen. 60% vom Netto, in einer Stadt, in der 30-40% des Nettoeinkommens in die Mietzahlung gehen (mit Mietnebenkosten). Das heißt für viele Familien gerade Existenzangst pur.

Unsere Beobachtung hier vor Ort zeigt: Es gibt eine Krise in der Krise. Und die Rezepte für diese Krise sind bisher untauglich.

Zurzeit stellen wir auch Forderungen an die Stadtverwaltung, die sich allerdings komplett sperrt. Wir sind als KölnSPD also bisher die einzigen, die alle Wirtschaftszweige mit ihren Beschäftigten im Blick hat. Wir haben die Chance hier mit den richtigen Maßnahmen den Menschen helfen, den wir im Wahlkampf immer sagen, dass wir uns um sie kümmern.

Daher bitten wir euch sehr, in diesem Sinne zu wirken und freuen uns auf eine baldige Rückmeldung.

Bleibt gesund!

Herzliche Grüße

Der geschäftsführende Vorstand der KölnSPD, OB-Kandidat und Ratsfraktionsvorsitzender

Christiane , Susana, Fabian, Kathi, Sebastian ,Sarah
Andreas und Christian